ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Gaude, Bernhard

Article — Digitized Version

Finanzierungsprobleme der Hochschulausbildung

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Gaude, Bernhard (1971) : Finanzierungsprobleme der Hochschulausbildung, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 51, Iss. 4, pp. 187-193

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/134249

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Finanzierungsprobleme der Hochschulausbildung

Bernhard Gaude, Frankfurt

In jüngster Zeit haben die Regierungen und Parlamente in Bund und Ländern dem Bildungswesen, insbesondere dem Ausbau der Universitäten, eine Priorität eingeräumt. Dennoch ist die Unruhe an den Universitäten geblieben. Die Reformen haben sich als ein Kurieren an Symptomen erwiesen, weil elementare Erkenntnisse der Ökonomie nicht berücksichtigt wurden.

Ursachen der Hochschulmisere

Nach Ansicht von J. M. Buchanan liegen die Ursachen der gegenwärtigen Hochschulmisere in den folgenden spezifischen Merkmalen der Hochschulausbildung [1]):

- Die Studenten, die das Produkt konsumieren, kaufen es nicht.
- Die Hochschullehrer, die es produzieren, verkaufen es nicht.
- Die Steuerzahler, die es finanzieren, üben keine Kontrolle über die Verwendung der Ressourcen aus.

Ohne Studiengebühren wird die Nachfrage nach dem Produkt „Ausbildung" das Angebot tendenziell übersteigen. Es wird keine ausreichende Zahl von Plätzen an den Universitäten geben, und der numerus clausus scheint unvermeidlich. Wenn die Fachbereiche bzw. Professoren ihr Lehrangebot nicht verkaufen müssen, kommt es zu einer schlechten Befriedigung der Konsumentennachfrage. Niemand kann leugnen, daß der Nutzen vieler Lehrveranstaltungen heute für die Studenten gering ist.

Wenn von dem entgangenen Einkommen der Studenten einmal abgesehen wird, so werden die Kosten der Hochschulausbildung vorwiegend von den Steuerzahlern getragen. Sie verzichten auf Ressourcen, die – anderweitig eingesetzt – eine erhöhte Produktion an Wohnungen, Autos oder öffentlichen Parks ermöglichen würden. Da es sich um knappe Ressourcen handelt, haben die Steuerzahler ein Interesse daran, daß ihre Gelder im Hochschulwesen zieladäquat verwendet werden. Obwohl die Hochschulausbildung von einigen in den Rang eines Endziels erhoben und als ein Grundrecht mystifiziert wird, dürfte die Mehrheit der Steuerzahler den Wert zusätzlicher Universitätsausgaben danach beurteilen, welche Beiträge zu den wirtschaftspolitischen Zielen des Wachstums und der Einkommensverteilung geleistet werden.

Wachstumsaspekte der Hochschulausbildung

Bildungsausgaben verbessern das Wissen und die Fertigkeiten der Menschen. Die erhöhte Qualität der menschlichen Arbeitskraft ist einer der Restfaktoren, mit denen das im Vergleich zu der Sachkapitalbildung und der Zahl der Arbeitsstunden überproportionale Wachstum des Sozialprodukts erklärt wird [2]). In diesem Rahmen werden die Hochschulaufwendungen als eine besondere Form der Kapitalbildung betrachtet, nämlich als Investitionen in das menschliche Leistungsvermögen. Unter dem Gesichtspunkt der Wachstumsförderung interessiert dann, ob die Investi-

[1]) J. M. Buchanan und N. E. Devletoglon: Academia in Anarchy, New York 1970, S. 8.

[2]) H. G. Johnson: Towards a Generalized Capital Accumulation Approach to Economic Development. In: M. Blaug (ed.): Economics of Education 1, Penguin Books, 1968, S. 34.

Bernhard Gaude, 31, Dr. rer. pol., Dipl.-Volkswirt, war Dozent im Fachbereich Wirtschaftswissenschaften der Universität Hamburg. Heute ist er Mitarbeiter in der Volkswirtschaftlichen Abteilung einer Bank.

tionen in das menschliche Kapital höhere Ertragsraten bringen als die Investitionen in das Sachkapital.

Die sozialen Ertragsraten der Investitionen in das Sachkapital liegen etwa zwischen 18 und 26 %, wie R. M. Solow in einer Untersuchung der amerikanischen Verhältnisse festgestelit hat [3]). Seine Schätzungen für die Bundesrepublik bestätigen dieses Ergebnis trotz der unterschiedlichen Faktorkombination. Für einen exakten Vergleich mit den Bildungsinvestitionen werden indes marginale Ertragsraten benötigt. Dieses Problem wird jedoch angesichts der zusätzlichen Schwierigkeiten bei der Ermittlung einer vergleichbaren Ertragsrate im Hochschulsektor zweitrangig.

Beschränkt man sich auf die Messung der durchschnittlich beobachteten Einkommensdifferenzen zwischen Hochschulabsolventen und Abiturienten, die sofort in das Berufsleben eintreten, so ergeben sich Ertragsraten, die an jene der Industrie nicht heranreichen. Beispielsweise hat G. S. Becker in seiner Studie über das amerikanische Bildungswesen eine Ertragsrate nach Steuerabzug von etwa 12 % für die Gruppe der weißen männlichen Studenten festgestellt [4]). Unter der Annahme eines durchschnittlichen Einkommensteuersatzes von 25 % beträgt die Brutto-Ertragsrate jener am besten verdienenden Studentengruppe etwa 16 %.

Einerseits übertreibt diese Ertragsrate die Bedeutung der Hochschulausbildung, da ein Teil der Einkommensdifferenzen auf unterschiedliche Fähigkeiten, Intelligenz und Motivationen zurückzuführen ist. Andererseits treten während und nach Abschluß der Hochschulausbildung rein konsumtive Nutzen auf, die quantitativ nicht erfaßbar sind. Die Studenten betrachten das Studium in der Regel nicht allein als Berufsausbildung. Das Studentendasein besitzt eigene Werte. Je nachdem, wie die nichtmonetären Nutzen bewertet werden, gelangt man entweder zu einer Befürwortung oder zu einer Ablehnung zusätzlicher Aufwendungen im Hochschulsektor. Einen objektiven Maßstab für eine wachstumsorientierte Wirtschaftspolitik liefert der Ertragsraten-Ansatz jedenfalls nicht [5]).

Aufgabe der Bildungspolitik

Die primäre Aufgabe einer staatlichen Förderung der Hochschulausbildung sollte darin liegen, allen Jugendlichen den sozialen Aufstieg über eine erhöhte Bildung zu ermöglichen, um so die Einkommensverteilung langfristig im Sinne größerer Gerechtigkeit und Gleichmäßigkeit zu verändern. Dieses persönliche Werturteil dürfte in der heutigen Gesellschaftsordnung von den meisten Bürgern geteilt werden. Insofern mag es gerechtfertigt erscheinen, die ökonomische Beurteilung der Bildungsaufwendungen vor allem anhand einer Analyse der Verteilungseffekte vorzunehmen. Um die verteilungspolitischen Implikationen der Universitätsausgaben festzustellen, muß die Gesamtinzidenz der Programme bekannt sein. Es gilt also zu prüfen, wem die Nutzen der Hochschulausbildung zufließen und wer die Kosten dafür trägt. Eine quantitativ exakte Nutzen-Kosten-Analyse der Verteilungseffekte ist aber aus konzeptionellen und statistischen Gründen nicht möglich. Dennoch genügt die Kenntnis einiger allgemeiner Fakten, um zu einem plausiblen Urteil über die Verteilungswirkungen des gegenwärtigen Hochschulsystems zu gelangen.

Seit der Einführung der Gebührenfreiheit an den deutschen Universitäten werden die Unterrichts- und Kapitalkosten fast ausschließlich von den Steuerzahlern getragen. Den Studenten entstehen während der Studienzeit vorwiegend indirekte Kosten in Form von entgangenen Einkommen und eventuell geopferten Freizeitnutzen. Hier interessiert in erster Linie der Beitrag, den die Steuerzahler zur Finanzierung der Hochschulausbildung leisten, weil daran die verteilungspolitische Aktivität des Staates gemessen werden kann.

Redistribution zu Lasten der Arbeiter

Die Universitäten gehören zu den Gemeinschaftsaufgaben von Bund und Ländern. Der Bund beteiligt sich zur Hälfte an den Investitionskosten. Das bedeutet, daß die Einnahmen aus der Einkommensteuer, der Umsatzsteuer und anderen indirekten Steuern der Finanzierung der Hochschulausbildung dienen. Da alle Bevölkerungsschichten von diesen Steuern betroffen werden, leistet auch jedermann einen eigenen Finanzierungsbeitrag. Die Steuerbelastung dürfte insgesamt etwa proportional zum Einkommen sein. Obwohl der Tarif der Einkommensteuer progressiv gestaffelt ist, kommt es dennoch nicht zu einer progressiven Belastung der Bezieher hoher Einkommen, weil diese von dem Gestaltungsprivileg bei der Ermittlung des steuerpflichtigen Einkommens, von der teilweisen Überwälzbarkeit der Einkommensteuer und von der Regressionswirkung der indirekten Steuern begünstigt werden.

Da es an statistischem Material fehlt, die Gesamtinzidenz für die verschiedenen Einkommensklassen zu berechnen, wird im folgenden untersucht, ob die Finanzierung der Hochschulaufwendungen

[3]) R. M. Solow: Capital Theory and the Rate of Return, Amsterdam 1963, S. 92.

[4]) G. S. Becker: Human Capital, New York 1964, S. 78.

[5]) Vgl. C. v. Stillfried: Die Effizienz von Bildungsinvestitionen, Dissertation, Hamburg 1971, 3. Kapitel.

für die Gruppe der Arbeiter verteilungsneutral ist. Unter der Annahme, daß die Kosten der Hochschulausbildung für die Angehörigen unterschiedlicher Berufsgruppen in etwa gleich sind, liegt eine Verteilungsneutralität vor, wenn der Anteil der Arbeiter am gesamten Steueraufkommen dem Anteil der Arbeiterkinder unter den Studenten entspricht. Wegen der proportionalen Steuerbelastung kann statt der Steuerquote auch der Anteil der Arbeiter am Volkseinkommen zugrunde gelegt werden.

Wenn: Anteil der Arbeiter an den Erwerbspersonen
N = Zahl der Erwerbspersonen
e = durchschnittliches Brutto-Jahreseinkommen der Arbeiter
Y = Volkseinkommen

so ergibt die Formel $x = \frac{a \cdot N \cdot e}{Y}$ die gesuchte verteilungsneutrale Quote der Arbeiterkinder an den Universitäten. Durch Einsetzen der Werte für das Jahr 1969 erhält man [6]):

$$x = \frac{0{,}47 \cdot 26{,}9 \text{ Mill} \cdot 12\,300 \text{ DM}}{459{,}4 \text{ Mrd. DM}} \approx 0{,}34$$

Solange die Arbeiterkinder weniger als 34 % der Studenten stellen, bedeutet jede zusätzliche Universitätsausgabe eine staatliche Redistribution zu Lasten der Arbeiter. Da der tatsächliche Anteil der Arbeiterkinder zur Zeit nur etwa 8 % beträgt, bewirkt das durch Gebührenfreiheit und Steuerfinanzierung gekennzeichnete Universitätssystem, daß die Gruppe der Arbeiter keine annähernd gleichwertigen Gegenleistungen für ihre Finanzierungsbeiträge erhält.

Ausbildungssubventionen für einkommensstarke Gruppen

Im Zuge des allgemeinen Anstiegs der Studentenzahlen steigt zwar die Quote der Studenten aus Arbeiterfamilien. Überträgt man aber die kalifornischen Untersuchungsergebnisse von W. L. Hansen und B. A. Weisbrod [7]) auf unsere Verhältnisse, so ist mit einer staatlichen Subvention an die Bezieher hoher Einkommen auch dann zu rechnen, wenn der Anteil der studierenden Jugendlichen sich im Vergleich zu heute verdreifacht. Bei der kalifornischen Studie ist allerdings berücksichtigt, daß die Kosten der Hochschulausbildung nicht überall und für jeden gleich sind. Die Entwicklung in der Bundesrepublik zu den Gesamthochschulen mit mehreren Ausbildungsgängen wird wahrscheinlich dazu führen, daß relativ viele Arbeiterkinder an den kürzeren und billigeren Studiengängen teilnehmen. Deshalb werden die Studenten aus einkommensstarken Berufsgruppen im Durchschnitt höhere Ausbildungssubventionen empfangen.

Selbst wenn es gelingt, die Quote der Arbeiterkinder unter den Studenten so anzuheben, daß sie dem prozentualen Finanzierungsbeitrag der Arbeiter entspricht, ergibt sich dennoch ein Verteilungsproblem, da die Arbeiterkinder als Folge ihres Studiums zu einer Berufsgruppe mit wesentlich höheren Einkommenserwartungen hinüberwechseln. Es erscheint daher kaum gerechtfertigt, die Arbeiter maßgeblich an der Finanzierung der Hochschulausbildung zu beteiligen, da sie persönlich keinen unmittelbaren Nutzen daraus ziehen. Eine ähnliche Schlußfolgerung kann im Prinzip auch für die übrigen nichtakademischen Berufe getroffen werden.

Bleibt es bei der gegenwärtigen Methode der Steuerfinanzierung, so müßte die Ausbildungssubvention aus Gerechtigkeitsgründen nicht nur an die Studenten, sondern an alle Jugendlichen im Alter von 19 bis etwa 25 Jahren gezahlt werden. Solche Kompensationszahlungen würden jedoch die öffentlichen Haushalte weitaus stärker belasten als der geplante Ausbau des Berufsschulwesens. Nun sind freilich andere Finanzierungssysteme der Hochschulausbildung denkbar, die derartige kostspielige verteilungspolitische Korrekturmaßnahmen überflüssig machen.

Probleme einer Kapitalmarktfinanzierung

Obwohl die Hochschulausbildung eine Investition in menschliches Kapital darstellt, deren Erträge nahezu vollständig den investierenden Studenten zufließen, war es diesen bislang unmöglich, den Kreditbedarf auf dem freien Kapitalmarkt zu befriedigen. Es gibt mehrere Gründe für ein Scheitern der Kapitalmarktfinanzierung von Bildungs-Investitionen.

Für den Kreditgeber sind die Investitionen in das menschliche Kapital viel risikoreicher als die normalen Bau-, Ausrüstungs- und Vorratsinvestitionen. Da die Hochschulausbildung unlösbar mit der Person des Investors verbunden ist, kommen die Formen der dinglichen Kreditsicherung nicht in Betracht [8]). Der Ertrag der Investition hängt nicht nur von der Ausbildung, sondern auch von persönlichen Faktoren des Kreditnehmers ab, über die sich der Kreditgeber meist kein genaues Bild verschaffen kann.

[6]) Quelle: Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1970.

[7]) W. L. Hansen und B. A. Weisbrod: Benefits, Costs, and Finance of Public Higher Education, Chicago 1969, S. 77 f.

[8]) Vgl. R. E. Bolton: The Economics and Public Financing of Higher Education: an Overview. In: The Economics and Financing of Higher Education in the United States, A Compendium of Papers Submitted to the Joint Economic Committee, Congress of the United States, Washington DC 1969, S. 24 f.

Abgesehen davon, daß die Studenten im allgemeinen nicht als kreditwürdig erachtet werden, ist auch ihre Neigung zur Kreditaufnahme ziemlich gering. Viele Studenten werden wegen der eigenen Ungewißheit über die Erfolgsaussichten der Investition davor zurückschrecken, feste Zins- und Tilgungsverpflichtungen einzugehen. Gerade die Arbeiterkinder würden infolge umweltbedingter Hemmnisse keine ausreichende Kreditnachfrage entfalten. Ohne staatliche Garantien und Hilfen ist deshalb eine allgemeine Kapitalmarktfinanzierung der Hochschulausbildung weder durchführbar noch wünschenswert.

Der Plan einer staatlichen Bildungsbank

In den USA werden mehrere Pläne für eine Bildungsbank diskutiert, die jedoch auf gleichartigen Prinzipien beruhen [9]). Ein vom Staat zu gründendes öffentlich-rechtliches Kreditinstitut erhält das Recht, Bildungsanleihen auf dem Kapitalmarkt zum jeweils herrschenden Zinssatz für Staatsanleihen zu emittieren. Die aufgenommenen Gelder werden an die Studenten unabhängig von deren Eigenmitteln ausgeliehen. Die Darlehen müssen ausreichen, um die Kosten des Lebensunterhalts und die eigentlichen Ausbildungskosten zu dekken. Letztere setzen sich hauptsächlich aus den laufenden Unterrichtskosten und den nicht-forschungsbezogenen Kapitalkosten der Universität zusammen. Das Konzept der staatlichen Bildungsbank impliziert, daß die Ausbildungskosten nicht mehr durch allgemeine Steuereinnahmen, sondern durch kostendeckende Gebühren der Studenten finanziert werden.

Da die Kosten der einzelnen Studiengänge unterschiedlich sind und auch zwischen den Universitäten differieren, muß der maximale Kreditspielraum der Studenten flexibel gestaltet werden. Der Zinssatz, den die Bank den Studenten berechnet, sollte mit Hilfe staatlicher Subventionen etwas unter das Marktniveau gesenkt werden, da nicht alle Nutzen der Hochschulausbildung den Studenten persönlich zugute kommen, sondern ein Teil davon mehr oder weniger gleichmäßig über die gesamte Gesellschaft streut.

Aus den oben genannten Gründen sind starre Zins- und Tilgungsverpflichtungen bei den Bildungsinvestitionen nicht akzeptabel. Der Plan einer Bildungsbank sieht daher vor, daß der Kapitaldienst vom Erfolg der Investition abhängig gemacht wird. Jeder Student verpflichtet sich bei der Kreditaufnahme, einen bestimmten Prozentsatz seines jährlichen Brutto-Einkommens für eine festgelegte Zeitdauer von etwa 40 Jahren nach dem Examen an die Bank abzutreten. Es handelt sich gewissermaßen um eine Bildungsteuer, die sich jedoch von einer generellen Akademikersteuer dadurch unterscheidet, daß die Höhe des Darlehens den Steuersatz beeinflußt.

Belastung der Akademiker

Der voraussichtliche notwendige Steuersatz kann an dieser Stelle nur grob geschätzt werden. Dazu werden die folgenden Annahmen gemacht:

jährliche Ausbildungskosten	DM	7 000,–
jährliche Lebenshaltungskosten	DM	5 000,–
Studiendauer		5 Jahre
maximal erforderliches Darlehen (5×12 000)	DM	60 000,–
Länge der Arbeitsperiode		40 Jahre
durchschnittliches Jahreseinkommen	DM	50 000,–
Lebenseinkommen (40×50 000)	DM	2 000 000,–

Hieraus errechnet sich für die Tilgung des maximalen Darlehens ein Steuersatz von 3 %. Wenn die Darlehen zu einem staatlich verbilligten Zinssatz von 4 % gewährt werden, dürfte sich für den gesamten Kapitaldienst ein Steuersatz von ungefähr 5,5 % ergeben. Dieser Prozentsatz der Einkommensabtretung gilt aber nur bei voller Ausschöpfung des Kreditspielraums.

Durch Werkarbeit könnte die effektive Verschuldung niedriger gehalten werden. Andererseits wird die Werkarbeit wegen der Verschuldungsmöglichkeit unnötig und das Studium demzufolge intensiviert und auf vier Jahre verkürzt werden. Dann reduziert sich der erforderliche Steuersatz auf etwa 4,5 %. Eine solche Belastung der Akademiker erscheint durchaus tragbar. Wer diesen Steuersatz für unzumutbar hoch hält, muß begründen, warum für ihn die Alternative, nämlich die dauernde Subventionierung der Akademiker durch die im allgemeinen schlechter verdienenden Nicht-Akademiker, tragbar ist.

Da die Höhe des Kapitaldienstes weniger von der tatsächlichen Darlehenssumme als von dem Erfolg des Investitionsvorhabens abhängt, werden die Risiken der einzelnen Studenten wechselseitig ausgeglichen. Erzielt ein Student nur ein geringes Einkommen nach seiner Ausbildung, so sind auch seine absoluten Zins- und Tilgungsleistungen gering. Diese könnten sogar vorübergehend ausgesetzt oder ganz gestrichen werden.

Probleme der Rückzahlungsverpflichtung

Besondere Probleme ergeben sich bei den weiblichen Studenten, da viele von ihnen dauernd oder für längere Zeit aus dem Berufsleben ausscheiden. Wenn für die Frauen die gleichen Rück-

[9]) Vgl. K. Shell, F. M. Fisher, D. K. Foley und A. F. Friedlaender: The Educational Opportunity Bank: An Economic Analysis of a Contingent Repayment Loan Program for Higher Education. In: National Tax Journal, Vol. 21 (1968), S. 2 ff.

zahlungsverpflichtungen gelten, so würden die Männer die weibliche Hochschulausbildung erheblich subventionieren. Studentinnen, die nur Hausfrau werden, erfahren eine kostenlose Hochschulausbildung, was zu einer Fehllenkung knapper Ressourcen führt. Ein Ausweg scheint gefunden, wenn bei den nicht-berufstätigen Ehefrauen das Familieneinkommen zur Bemessungsgrundlage der Bildungsteuer wird [10]).

Es muß bei dem Plan einer Bildungsbank auch sichergestellt werden, daß die Studenten sich mit einer Auswanderung nicht der Rückzahlungsverpflichtung entziehen können. Um ferner zu erreichen, daß die Bank für Studenten mit überdurchschnittlichen Einkommenserwartungen attraktiv bleibt, wird jedem die Möglichkeit gelassen, sich wieder aus dem Programm herauszukaufen. Der Student kann jederzeit die Umwandlung in ein normales Darlehen mit einem festen – vergleichsweise hohen – Zinssatz verlangen. Dann werden die zuvor gezahlten Kapitaldienst-Steuern von der Zinsschuld oder der Darlehenssumme abgezogen. Der Herauskauf-Zinssatz kann über dem Zinssatz für Staatsanleihen liegen, weil in dem Darlehen eine Versicherung gegen die wirtschaftlichen Folgen von Invalidität und Arbeitslosigkeit eingeschlossen ist.

Wenn der Prozentsatz der Einkommensabtretung richtig gewählt ist, trägt jede Studentengeneration gerade die von ihr verursachten Kosten. Dadurch werden die unerwünschten Umverteilungseffekte des bisherigen Finanzierungssystems vermieden. Aufgrund der Rückflüsse wird sich die zusätzliche Beanspruchung des Kapitalmarktes nach einer Übergangsphase in Grenzen halten.

Obwohl die Darlehen der staatlichen Bildungsbank für die Kreditnehmer nahezu risikolos sind, könnte der Zwang zur Verschuldung dennoch manche Jugendlichen aus armen Familien von einem Hochschulbesuch fernhalten. In solchen Fällen ist es durchaus sinnvoll, die Darlehen durch Stipendien teils zu ersetzen, teils zu ergänzen.

Die Erhöhung des Freiheitsspielraumes

Neben den verteilungspolitischen Normen sind es noch qualitative Aspekte der Ausbildung, die eine Reform der Hochschulfinanzierung nahelegen. Eine wichtige Folge des oben skizzierten Planes ist die größere Unabhängigkeit der Studenten von Elternhaus und Universität. Aber auch die Universitäten gewinnen eine größere Autonomie gegenüber dem Staat, wenn die Finanzierungsmittel, die bislang vom Staat bereitgestellt und verwaltet wurden, nunmehr aus Studiengebühren stammen.

Sobald die vollständige Subventionierung der staatlichen Universitäten aufhört, finden auch private Universitäten eine Existenzgrundlage. Warum sollen Organisationen und Stiftungen, die bisher nur als Träger von Studentenwohnheimen hervorgetreten sind, nicht als Träger von kleineren Universitäten in Frage kommen? Die größere Unabhängigkeit der staatlichen Universitäten und das Auftreten von konkurrierenden privaten Universitäten können dazu führen, daß die gegenwärtige Starrheit und Gleichartigkeit der Lernmethoden und Prüfungen beseitigt wird. Da eine stärkere Diversifikation des Lehrangebots den unterschiedlichen Zielen und Neigungen der Studenten besser Rechnung trägt, kann auf diese Weise wenigstens ein Teil der heutigen Universitätsmisere behoben werden.

[10]) Über Einzelheiten siehe K. Shell u. a., a. a. O., S. 10 ff.